



04/2014 Cartellverband kritisiert Dirigismus gegenüber den nordrhein-westfälischen Hochschulen

08.04.2014

Unterstützung für Armin Laschets (CDU) Wort vom „Krieg gegen die Hochschulen“

München, 7. April 2014.- Eine unübersehbare Welle des Protests aus den Hochschulen und sogar scharfe Kritik aus der Landtagsfraktion der Grünen haben das rot-grüne NRW-Landeskabinett nicht davon abhalten können, den vom SPD-geführten Wissenschaftsministerium vorgelegten Entwurf eines „Hochschulzukunftsgesetzes“ zu beschließen. Weder Rechtsgutachten und zentrale Korrekturforderungen der Rektoren, Kanzler, Hochschulräte und Studierenden der NRW-Hochschulen, des Deutschen Hochschulverbands, der Hochschulrektorenkonferenz und anderer namhafter Institutionen noch der in NRW mitregierenden Grünen wurden im Entwurf berücksichtigt. Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen kann für diese Ignoranz gegenüber Betroffenen und Expertengremien kein Verständnis aufbringen. Jetzt ruhen die Erwartungen auf dem Parlament.

Das neue Gesetz steht im krassen Gegensatz zu dem 2006 von der damaligen CDU/FDP-Regierung und ihrem zuständigen Minister Andreas Pinkwart eingeführten Hochschulgesetz, mit dem die Hochschulen sehr erfolgreich arbeiteten. Dieses Gesetz führte die Freiheit im Namen, und die Hochschulen wurden darum aus anderen Bundesländern beneidet. Es erlaubte den Hochschulen, über ihren Haushalt, ihre Studienangebote und ihr Personal selbstverantwortlich zu entscheiden. Von dieser Freiheit haben sie klug und verantwortungsvoll Gebrauch gemacht, zum Beispiel viele neue Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang geschaffen, neue attraktive Studienangebote entwickelt und mit herausragenden Forschungsergebnissen erfolgreich in der Exzellenzinitiative neben Baden-Württemberg die meisten Mittel eingeworben. Mit der Haushaltsautonomie hatten sie erstmals die Chance zu einer langjährigen strategischen Finanzplanung.

Mit dem neuen „Hochschulzukunftsgesetz“, das Professoren wie Studierende längst als „Hochschulermündigungsgesetz“ bezeichnen, will Ministerin Svenja Schulze (SPD) die Hochschulen „stärker an die Kandare“ nehmen, wie sie schon zu Beginn ihrer Amtszeit verkündet hatte. Statt die positiven Errungenschaften des Hochschulfreiheitsgesetzes weiter zu entwickeln, vollzieht die Ministerin eine Rückkehr zur Planwirtschaft. Das Gesetz erlaubt ihrem Ministerium künftig eine Detailsteuerung bei sämtlichen Haushalts-, Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten bis hin zur Beschneidung der verfassungsrechtlich geschützten Wissenschaftsfreiheit sowie eine Mitbestimmung über Zahl und Art der Studiengänge und die Zulassung der Studierenden. Kommt die Hochschule den detaillierten Rahmenvorgaben und Informationsersuchen nicht gebührend nach, soll das Ministerium die Sanktionsmöglichkeit erhalten, den Hochschulen die vom Landesgesetzgeber bewilligten Haushaltsmittel vorzuenthalten. Die ursprüngliche Idee, dem Ministerium auch zu erlauben, einzelnen Fachbereichen und damit natürlich auch der Universität das Promotionsrecht zu entziehen, konnte glücklicherweise in letzter Minute abgewendet werden. Das Gesetz sieht ferner die jährlich Vorlage eines Rechenschaftsberichts und eine Offenlegung vor, von wem die Drittmittel für Forschungsprojekte und Stiftungsprofessuren geflossen sind.

All das ist geprägt von einem tiefen Misstrauen gegenüber den Hochschulen, denen wahrheitswidrig unterstellt wird, sie hätten mit ihrer Freiheit nicht vernünftig und verantwortungsvoll umgehen können, so dass der Staat nun regulierend eingreifen müsse. Nicht von ungefähr hat deshalb in einer hitzigen Landtagsdebatte der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet der Ministerin vorgeworfen, sie führe „einen Krieg gegen die Hochschulen“. Zwei Jahre lang haben sich die NRW-Hochschulen intensiv an der Diskussion um das neue Gesetz beteiligt. Nun hat das Kabinett einen Entwurf beschlossen, in dem sich nichts wiederfindet, was sie vorgetragen haben. Kein Wunder, dass die Fronten zwischen Hochschulen und Ministerin mittlerweile so verhärtet sind, dass die Universitätsrektoren ihre Unterschrift unter die Ziel- und Leistungsvereinbarungen für 2014 – 2015 verweigern.

[zurück zur Übersicht](#)